



**Leseprobe Biografie- und Buchwerkstatt | Ideenwerkstatt Emily Paersch
Buchausschnitt aus „Was tun! Der Weg zum guten Sozialdemokraten“
von Veit Wilhelmy**

Der Rauschmiss

Am 22. September 2008 betrat ich um 18:50 Uhr das Wiesbadener Rathaus. Als ich es zwei Stunden später verließ, war ich nicht mehr Mitglied der SPD-Stadtverordnetenfraktion.

Erster Tagesordnungspunkt der Fraktionssitzung war der Antrag der Fraktionsführung auf Ausschluss des Kollegen Veit Wilhelmy, Begründung: fortgesetztes fraktions-schädigendes Verhalten. Der Fall war klar und sollte nun seinen formalen Schlusspunkt finden. Seit seiner Wahl zum Stadtverordneten hatte Wilhelmy immer wieder die eigene Führungsriege attackiert. Insbesondere das Sozialdezernat, dessen Chef Arno Gossmann zugleich Wiesbadener SPD-Unterbezirksvorsitzender ist, war wegen des massiven Einsatzes von Ein-Euro-Jobbern immer wieder Ziel seiner Angriffe gewesen.

Nun hatte man die Faxen dick, die ständigen Querschüsse gegen die offizielle Fraktionslinie, Wilhelmys Profilierungssucht und sein damit verbundener Drang nach Öffentlichkeit und Medienpräsenz, obwohl man seine kritischen Einwendungen – niemand hat schließlich etwas gegen eine eigene Meinung – doch fraktionsintern behandeln konnte und auch behandelt hatte. Jetzt war Schluss mit lustig, man hatte lange genug versucht Brücken zu bauen und war der ganzen Angelegenheit überdrüssig. Jetzt sollte der Kollege Wilhelmy eben seinen letzten Auftritt haben und dann wäre das leidige Kapitel hoffentlich zu Ende.

Auch mir war bereits vor Betreten des Fraktionssaales klar, dass die Entscheidung schon lange gefallen war, dass man sich mit den Inhalten meiner Kritik wie bisher auseinandersetzen würde, nämlich gar nicht, und die Abstimmung über meinen Rauswurf eine reine Formsache war. Dennoch wollte ich es meinen Gegenspielern nicht zu einfach machen. Sie rechneten damit, dass ich meine Kritik nochmals wiederholen und dabei ein wenig auf den Putz hauen würde, was man auch noch überstehen würde, um dann nach Abstimmung und meinem Ausschluss zur Tagesordnung überzugehen.

Deshalb war die Fraktionsführung nicht darauf vorbereitet, als ich zum Abschluss mit ihr einen Strauß ausfocht über Verfahrensfragen und Formalien. Doch dies habe ich in meinen Jahren als Gewerkschafter und SPD-Mitglied gelernt: Einer inhaltlichen

Diskussion kann sich die Gegenseite verweigern und entziehen, formalen Anträgen nicht. Die Fraktionssitzung war außerordentlich gut besucht, nur zwei der 25 SPD-Stadtverordneten fehlten. Mit den ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern waren etwa 30 Personen anwesend. Ein Fraktionsausschluss kommt nicht jeden Tag vor. Es knisterte von Beginn an.

In einem kurzen Statement begründete die Fraktionsspitze noch mal ihren Antrag auf meinen Ausschluss. Ich widersprach energisch und stellte fest, dass ich nicht nur Stadtverordneter sei, sondern auch Gewerkschaftssekretär und AfA-Vorsitzender und dass ich in diesen Funktionen mich auch öffentlich zu Themen wie Hartz-IV und Ein-Euro-Jobs äußern müsse, auch wenn ich nicht mit der vermeintlichen Mehrheitsmeinung der Fraktion(-spitze) übereinstimme. Das müsse die Fraktion schon aushalten können. Man gab mir Gelegenheit zur Rechtfertigung, aber man hörte nur noch mit halbem Ohr zu. Man wollte den kurzen Prozess und war überrascht und auch genervt, als ich dann nach und nach meine fünf alternativen Anträge einbrachte. Verschiebung der Entscheidung, der Vorschlag einer Mediation – es wurde alles niedergebügelt. Zudem verlor man die Geduld. Der Vorsitzende Axel Imholz beschloss das Verfahren abzukürzen und forderte mich auf meine restlichen Anträge, die unterschiedliche Sanktionen betrafen von der Rüge bis zum befristeten Ausschluss, im Paket zu stellen, damit sie im Paket abgelehnt werden konnten.

Ich machte auf die Fragwürdigkeit dieses Vorgehens aufmerksam. Es gab heftige Wortscharmützel, der Zeitplan war schon deutlich überzogen, der kurze Prozess zog sich in die Länge. Der Fraktionsspitze schwoll zusehends der Kamm, weil ich meinen Widerstand nicht aufgab mit Hilfe von Satzungsfragen und Anträgen zum Verfahren, was sie am liebsten ignoriert hätte, aber nicht konnte.

Für Außenstehende, aber auch für die Beteiligten, bekommen solche formalistischen Auseinandersetzungen um Verfahrensfragen und Geschäftsordnung bald absurde Züge. Dazu passte dann auch der Antrag einer Kollegin, darüber abzustimmen, ob man auf die vorgeschlagene Weise abstimmen solle. Worüber dann auch abgestimmt wurde.

In gewisser Weise aber spiegelte die Veranstaltung wider, wie die Fraktionsspitze zuvor mit den Inhalten meiner Kritik umgegangen war: Sie hatte alle Möglichkeiten genutzt, die Tagesordnung und Satzung hergegeben hatten, um eine offene Diskussion in der Fraktion über Hartz-IV und die Agendapolitik zu unterbinden. Vertagen, verschieben, verweisen in Arbeitsgruppen und Ausschüsse. Hinhalten und verzögern. Denn dies soll hier nicht unterschlagen werden: Ein einziges Mal nämlich wurde in den Monaten zuvor über die grundsätzlichen Einwände gegen den Einsatz von Ein-Euro-Jobs in der Kommune diskutiert. Eine Stunde, für die ich lange hatte kämpfen müssen. Eine Stunde, die zu drei Viertel dafür genutzt wurde, die Person und die Vorgehensweise des Kollegen Wilhelmy zu rügen und zu tadeln. Insgesamt waren also fünfzehn Minuten geblieben für den Austausch der Argumente. Fünfzehn Minuten in zwei Jahren.